



KOMMENTARE aus dem WESTINSTITUT

■ Deutschland und die historische Sensibilität Polens

Stanisław Żerko

Fünfundsiebzig Jahre nach Ende des Kriegs sind die deutsch-polnischen Beziehungen immer noch ein wenig zähflüssig, wenn es um Gedächtnispolitik geht. Ist es ein Wunder, dass wir in Polen immer wieder darauf zurückkommen? Wir sind zwar seit über 20 Jahren Verbündete, wir sind seit dem 17. Juni 1991 durch einen Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit verbunden, aber in der Haltung der deutschen Seite gibt es immer noch etwas, das in Polen oft Erstaunen, ja Bestürzung hervorruft, zumal die Auswirkungen von Krieg und Besatzung auch heute noch in Polen zu spüren sind, was unseren Nachbarn jenseits der Oder gar nicht mehr bewusst zu sein scheint.



Diese „Auswirkungen“ sind nicht nur gleichbedeutend mit Millionen von Ermordeten und Verstümmelten, Gefangenen und versklavten Zwangsarbeitern, sondern auch mit unmöglich zu schätzenden Verlusten im Bereich von Kunst und Kultur.

Redaktion:
David Engels

Nr. 2/2021
5.1.21

Die „Kommentare aus dem
Westinstitut“ sind auch
verfügbar über :
NEWSLETTER IZ
FACEBOOK
SCRIBD
LINKEDIN
TWITTER

Es wurden nicht nur 38% des polnischen Nationalvermögens zerstört, sondern das Land auch für 45 Jahre seiner Souveränität beraubt. Denn infolge der deutschen Aggression und des weiteren Verlaufs der Ereignisse geriet Polen in die sowjetische Einflusszone und somit in die Verfügungsgewalt eines Regimes, das es auf Gedeih und Verderb zur Armut verdammt, welche aus dem ihm aufgezwungenen ineffizienten kommunistischen Wirtschaftssystem resultierte. Polen wurde von der Hilfe des Marshall-Plans abgeschnitten und zudem praktisch um jede Form von Reparationen gebracht.

Abgesehen vom Jahrestag des nationalsozialistischen Angriffs auf Polen an jedem ersten September gibt es auch mehrere andere Daten, die für die Beziehungen zwischen den beiden Ländern sehr wichtig sind. Vor 55 Jahren sandten die polnischen Bischöfe eine berühmte Botschaft an die deutschen Bischöfe mit einem Aufruf zur gegenseitigen Vergebung. Vor 50 Jahren unterzeichnete Bundeskanzler Willy Brandt in Warschau einen Vertrag über die Unverletzlichkeit der Grenze an Oder und Lausitzer Neiße, der die diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen begründete. Und vor 30 Jahren unterzeichnete das bereits wiedervereinigte Deutschland ein Abkommen über die endgültige Anerkennung der polnischen Westgrenze.

Jedes dieser bahnbrechenden Ereignisse hatte jedoch, zumindest aus polnischer Sicht, seine Schattenseiten. Die Reaktion des deutschen Episkopats auf den polnischen Brief im Dezember 1965 war zwar höflich, aber stark enttäuschend. „Ich werde nicht nach Deutschland gehen“, sagte Primas Stefan Wyszyński daher später bitter, als er für seinen offenherzigen Brief von der Propaganda der Volksrepublik Polen lautstark und von der Mehrheit der Gläubigen und vielen Priestern leise angegriffen wurde (er reiste erst 1978 nach Westdeutschland).

Auch der am 7. Dezember 1970 unterzeichnete Vertrag zum Grenzverlauf wurde erst eineinhalb Jahre später vom Bundestag ratifiziert, und zwar zudem noch mit der Maßgabe, dass diese Garantie nicht für das künftige vereinigte Deutschland gelte, und das Deutsche Reich formell weiterhin innerhalb der Grenzen von 1937 bestehe. Mit Besorgnis wurde auch Helmut Kohls Kernaussage zur Anerkennung der Oder-Neiße-Linie bei den Verhandlungen über die äußeren Bedingungen der deutschen Wiedervereinigung 1990 aufgenommen: Nicht der Bundeskanzler unterzeichnete im November 1990 den deutsch-polnischen Grenzvertrag, sondern sein liberaler Außenminister, Hans-Dietrich Genscher. Helmut Kohl selbst fand erst viele Jahre später die Zeit, Polen zu besuchen.

Es war zwar eine Zeit, in der auf beiden Seiten der Grenze das Wort „Versöhnung“ für alle möglichen Fälle durchdekliniert wurde; und der polnische Außenminister Krzysztof Skubiszewski prägte sogar den Begriff „Polnisch-Deutsche Interessengemeinschaft“. Die Begegnungen wurden allerdings faktisch meist im Format des so genannten „Weimarer Dreiecks“ gefeiert, in dem Polen wirtschaftlich, politisch und demographisch keinerlei Chance hatte, ein gleichberechtigter Partner Deutschlands und Frankreichs zu sein.

Gleichzeitig sollten sich die überlebenden polnischen Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung mit den insgesamt 500 Millionen Mark zufriedengeben, die im Rahmen des so genannten „Żabiński-Kastrup-Abkommens“

vom Jahr 1991 durch die Stiftung „Polnisch-Deutsche Aussöhnung“ ausgezahlt wurden. In diesem Abkommen verpflichteten die deutschen Behörden die polnische Regierung, die Entschädigungsansprüche ihrer Bürger gegen die Bundesrepublik nicht mehr weiter zu unterstützen. Fast wie durch ein Wunder gelang es nach jahrelangen mühsamen Verhandlungen unter Beteiligung der US-Regierung und jüdischer Organisationen dennoch, im Jahr 2000 ein Abkommen auszuhandeln, das unter anderem die Zahlung von weniger als einer Milliarde Euro für ehemalige polnische Zwangsarbeiter vorsah - natürlich nur die, die überlebt hatten. Einige von ihnen erhielten jeweils nur ein paar hundert Zloty.

Insgesamt erhielten die polnischen Opfer des Zweiten Weltkriegs und der Besatzungszeit ebenso wie die polnischen Opfer innerhalb des Reichsgebiets über 6 Milliarden Zloty (so Berechnungen von Prof. Jerzy Sutek und Prof. Jan Barcz). Für die deutschen Regierungen von Konrad Adenauer bis Angela Merkel war und ist die Angelegenheit rechtlich damit abgeschlossen, zumal die pro-sowjetische Marionettenregierung von Bolesław Bierut 1953 formell auf die Reparation von Deutschland verzichtet hatte. Dass es ohne den 1. September 1939 weder die Regierung Bierut, noch eine Diskussion über Reparationen gegeben hätte, wird dabei nicht verbalisiert.

Präsident Frank Walter Steinmeier hielt am 1. September 2019, zum 80. Jahrestag der deutschen Aggression, schöne Reden in Wieluń und in Warschau. Es gab äußerst bewegende Worte über deutsche Schuld und deutsche Scham, die in Polen sehr gut aufgenommen wurden. Doch etwa zwei Wochen später sprach sich derselbe Steinmeier in einem Interview für den „Corriere della Sera“ dafür aus, dass sich die Versöhnung der Zukunft und nicht der Vergangenheit zuwenden sollte und dass er dagegen sei, die Debatte über Wiedergutmachung und Entschädigung wiederaufzunehmen. Natürlich fügte er hinzu, dass Deutschland sich direkt zu seiner Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg bekenne - ein Lehrbuchbeispiel für Heuchelei.

Seit einigen Jahren wird in Deutschland auch die Idee diskutiert, in Berlin ein Denkmal für die polnischen Opfer der deutschen Besatzung zu errichten. Es wurden verschiedene Zweifel geäußert: In Berlin gebe es bereits zu viele Denkmäler; die Idee des Denkmals an sich sei veraltet; ein Denkmal, das einer ganzen Nation gewidmet ist, sei eine unzulässige „Nationalisierung der Erinnerung“; es seien eigentlich die Polen, die Verbrechen begangen hätten (der Mord in Jedwabne ist heute in Deutschland wahrscheinlich berühmter als das Abschlachten der 50.000 Einwohner des Warschauer Stadtviertels Wola); und schließlich würde ein Denkmal nur die gegenwärtige polnische Regierung unterstützen. Immerhin hat der Bundestag vor einigen Wochen einen Entschluss zu diesem Thema verabschiedet, aber statt eines Denkmals wird von einem „Ort des Gedenkens und der Begegnung“ gesprochen, also eher einer Art ständiger Ausstellung.

Meinungsumfragen zufolge glaubt ein großer Teil der deutschen Gesellschaft, dass das Leiden der Polen während des Krieges bereits ausreichend anerkannt ist. Gleichzeitig ist jedoch das Wissen über die von den Deutschen in Polen begangenen Verbrechen beängstigend gering. Es ist nicht überraschend, dass Bundespräsident Roman Herzog den Warschauer Ghetto-Aufstand von 1943 mit dem Warschauer Aufstand von 1944 verwechselte, und zwar am Vorabend seiner Abreise nach

Warschau, um dort den 50. Geburtstag des Letzteren zu begehen (Beide Aufstände werden tatsächlich bis heute oft verwechselt, wie letzters sogar noch Bundesaußenminister Heiko Maas zugab). Das Bild der deutschen Besatzung Polens ist eindeutig „holozentrisch“: Nur wenige Menschen in Deutschland außerhalb einiger Spezialisten wissen überhaupt von den schrecklichen Massakern an der (nichtjüdischen) polnischen Zivilbevölkerung (allein im Herbst 1939, in den ersten Wochen des Kriegs, wurden etwa 50.000 Polen ermordet). Dies sei „ein leerer Platz im deutschen Gedächtnis“, konzedierte kürzlich Dietmar Nietan von der SPD. Und Professor Dieter Bingen schrieb: „Polen, seit tausend Jahren der östliche Nachbar Deutschlands, und seine Bürger sind heute Opfer zweiter Klasse in der deutschen Wahrnehmung der Opfer des Nationalsozialismus.“

Polen ist für die Deutschen wenig interessant, gilt als peripheres Land, ist unattraktiv und von geringer Bedeutung. Zwei Drittel der Deutschen waren noch nie in Polen, und nur 29% empfinden Zuneigung für Polen (auf polnischer Seite war die Zuneigung für Deutsche laut Umfragen viel größer). Diese Wahrnehmung ist bis heute von Stereotypen und Vorurteilen geprägt, während seitens der politischen Elite eine bevormundende Haltung gegenüber dem östlichen Nachbarn keine Seltenheit ist, wie sich auch in der Erwartung zeigt, dass Polen in EU-Fragen Positionen zu vertreten habe, die sich nicht allzu sehr von den Vorstellungen Berlins unterscheiden.

Und das wird auch so bleiben. Wir werden uns daran gewöhnen müssen, damit zu leben: mit einer asymmetrischen deutsch-polnischen Partnerschaft; einer Art Vernunftfehe - und die Phraseologie, die die Versöhnungsthese begleitet, mit großer Distanz zu betrachten...

Eine polnische Fassung dieses Textes wurde im Dezember 2020 auf der Seite des Instytut Jagielloński veröffentlicht: http://jagiellonski.pl/news/781/stanislaw_zerko_niemcy_wobec_polskiej_wrazliwosci_historycznej

Illustration: Willy-Brandt-Platz in Warschau (aus: https://de.wikipedia.org/wiki/Kniefall_von_Warschau#/media/Datei:Tablica_MSI_Skwer_Willy'ego_Brandta.jpg)